



Klemens Kowalski (Die Linke)



Ralf Poppe (Die Grünen)



Oliver Grundmann (CDU)



Oliver Kellmer (SPD)



André Grote (FDP)



Astrid zum Felde (AfD)

Mitte, Links und Rechts im Streit

Diskussionsveranstaltung der BZ: Sechs Kandidatinnen und Kandidaten um die besten Argumente bemüht

Von Rainer Klöfkom

BREMERVÖRDE. Sollten, wie prognostiziert, sechs Fraktionen das neue Parlament bilden, haben am Donnerstag etwa 120 Zuhörer bei einer Diskussionsveranstaltung der BZ im Hotel Daub einen kleinen Vorschmack auf das bekommen, was im neuen Bundestag zu erwarten ist. Die Meinungen der sechs Bewerberinnen und Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis Stade I - Rotenburg II gingen teilweise extrem auseinander, was besonders am Beispiel Russland deutlich wurde. Unter der Leitung von BZ-Geschäftsführer Rolf Borgardt diskutierten Oliver Grundmann (CDU), Oliver Kellmer (SPD), Ralf Poppe (Grüne), Klemens Kowalski (Die Linke), André Grote (FDP) und Astrid zum Felde (AfD) aktuelle politische Themen.

Dass sich die sechs Teilnehmer auf dem Podium nach der Veranstaltung nicht zu einem Bier an der Bar treffen würden, war schon gleich zu Beginn spürbar. Teilweise gereizt wurde im Verlauf der zweistündigen Diskussion auf die ein oder andere Meinungsäußerung der Konkurrenz reagiert. Auffallend dabei: Während vor allem Oliver Grundmann sich auch bei Angriffen gegen seine Person zurückhielt, machte vor allem Kellmer aus seinem Ärger über Aussagen der AfD-Kandidatin Astrid zum Felde keinen Hehl. Folgende Themen kamen am Donnerstag zur Sprache:

Wahlpolitische Situation

Trump, Putin, Erdogan, Kim Jong-Un – angesichts der Unsicherheit in der Welt könne sich Deutschland freuen, dass Kanzlerin Angela Merkel einen „Stabili-



BZ-Geschäftsführer Rolf Borgardt leitete als Moderator die Diskussionsveranstaltung.

tätsanker“ bilde, so Grundmann. Der Vorwurf, die NATO rasselte mit dem Säbel gegenüber Russland, treffe absolut nicht zu. Im Gegenteil: Putin verhalte sich aggressiv, wie der Aufmarsch russischer Truppen an den Grenzen zu den baltischen Staaten deutlich mache. Kellmer warnte ebenfalls davor, sich Russland „an den Hals zu werfen“ und forderte auch gegenüber Erdogan „klare Kante“. Gegen die Populisten sei ein „Mehr an Europa“ notwendig. Zum Felde dagegen sah die USA als verantwortlich für die Krisen in der Welt: „Es verhindert seit Jahrzehnten ein besseres Verhältnis Europas zu Russland.“ Die AfD-Kandidatin verteidigte auch den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. „Dass Russland sich von der NATO bedroht fühlt, kann man nachvollziehen“, argumentierte auch Kowalski. Poppe sah Russland gar im „Klammergriff der NATO“.

Wirtschaft

„Wir machen mit unserer Wirtschaft die Dritte-Welt-Länder kaputt“, beklagte der Linke-Kandidat. Auch Poppe sah das grundsätzliche Problem darin, dass die Politik Unternehmen zu sehr begünstige und die Arbeitnehmerinteressen vernachlässige: „Wir sind zu sehr Billiglöhndland.“ Grundmann dagegen wies auf aktuelle Zahlen hin: Deutschland sei Exportweltmeister, wisse Wirtschaftswachstum auf und habe eine niedrige Arbeitslosenzahl – ein Erfolg der Merkel-Regierung. Während Kellmer forderte, die südeuropäischen Staaten mehr an der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa teilhaben zu lassen, wollte zum Felde weg von der Europäischen Union zurück zu Nationalstaaten und plädierte für



Etwa 120 Zuhörer verfolgten am Donnerstag die Diskussionsveranstaltung im Hotel Daub.

Fotos: Klöfkom/Bick

den Euro-Austritt. Was ihr den Vorwurf des FDP-Kandidaten einbrachte: „Rückwärtsgerichtete Politik führt uns nichts weiter.“

Flüchtlingssituation

Die deutsche Bevölkerung werde in Großstädten bereits zur Minderheit, meinte die AfD-Kandidatin. Sie forderte eine Schließung der Grenzen, während sich Poppe und Grote für ein Einwanderungsgesetz aussprachen.



Die ungeordnete Einwanderung von Flüchtlingen im Herbst 2015 und der teilweise Kontrollverlust werde sich nicht wiederholen, war Grundmann überzeugt. Deutschland müsse sich auf die Aufnahme Schutzbedürftiger konzentrieren, sichere Herkunftsländer festlegen und Fluchtursachen bekämpfen. Während in Bayern die Rückführung klappte, sah der CDU-Politiker in dieser Hinsicht große Probleme in rot-grün regierten Bundesländern wie Niedersachsen, Bremen und zuvor Nordrhein-Westfalen. Sein Konkurrent von den Sozialdemokraten nannte die europäische Solidarität in der Flüchtlingsfrage notwendig. Dass Merkel noch immer Kanzlerin sei, habe sie dem Abkommen mit der Türkei zu verdanken: „Ihr Job hängt nach wie vor von Erdogan ab“, so Kellmer.

Innere Sicherheit
Es sei das allerhöchste Gebot des Staates, seine Bürger zu schützen. Deshalb, so Grundmann, sei der bayerische Weg auch richtig, mögliche Gewalttäter vor der Ausübung von Anschlägen festzunehmen. Was die Konkurrenz teilweise anders sah: Personen dürften nicht präventiv in Gewahrsam genommen werden, meinte Kowalski. Gegen Anschläge würden nur „Bildung und soziale Arbeit helfen, keine Festnahmen.“ Die CDU schränke massiv Bürgerrechte ein, so der Linke-Kandidat, der damit bei der AfD auf Zustimmung traf. „Deutschland wird zum Überwachungsstaat, zur DDR 2.0“, so zum Felde.

Innere Sicherheit

„Viele unserer Daten gehören uns und nicht dem Staat“, gab Grote zu bedenken. Auch zu-

künftig werde Deutschland Gewalt erleben, sah Kellmer keine hundertprozentige Sicherheit gegeben. Für die Grünen forderte Poppe eine bessere Ausstattung der Polizei und eine bessere Abschreckung der Straftäter durch die Gerichte.

Auto- und Dieselpolitik

Ab 2030 dürften keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden, forderte Poppe. Was die FDP nicht teilte: Ein Verbot dieser Art sei wenig sinnvoll, die Autoindustrie sollte jedoch die Eigentümer von Fahrzeugen entsprechend entschädigen. Für eine angemessene Entschädigung sprach sich auch Grundmann aus, der ansonsten jedoch viel „Aktionismus, der dem Wahlkampf geschuldet ist“, sah. Wichtig sei es, Fahrverbote zu verhindern und die deutsche Autoindustrie vor Schaden zu bewahren. Kowalski sah dagegen „millionenfachen Betrug“ durch die Autoindustrie und warf Merkel und Grundmann vor, Betrüger zu decken.

Politik für die Region

Moderator Rolf Borgardt gab die Richtung vor: „Wir fühlen uns abgehängt, eine Chancengleichheit zwischen Stadt und Land ist nicht vorhanden.“ Junge Leute verließen Bremervörde, rund um die Stadt machten sich Maispflanzen breit, der Boden werde durch Nitrat verseucht und die medizinische Versorgung immer schlechter.

Hinsichtlich der Lebensbedingungen gab ihm Kellmer Recht. Um das zu ändern, sollte der Solidarausgleich künftig für strukturschwache Regionen eingesetzt werden. Auch die Landwirtschaft müsse neue Wege gehen, stärker auf regionale Produkte setzen. Es sei sein erklärtes Ziel, äußerte sich Grundmann, die Infrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern. Dazu gehörte neben dem Breitbandausbau der Bau der A20, wobei leider die Grünen alles versuchten, die Planung zu sabotieren.

„Der Bau der A20 ist Wahnsinn“, kontierte Poppe. Wichtiger sei der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, unterstützte ihn der Linke-Kandidat. Als Autobahn-Befürworter outete sich dagegen zum Felde. Ihre Aussage, wonach der Klimawandel vorgeschoben werde, um die Deutschen zu enteignen, machte

Kellmer sichtlich wütend: Während andere Politiker um Lösungsmöglichkeiten ringen würden, setze die AfD auf Verschwörungstheorien und Populismus der fiesesten Art.

Persönliche Statements

Oliver Kellmer bedauerte, dass wie schon beim Kanzlerduell soziale Themen zu kurz gekommen seien. In der Sozialpolitik sei vieles im Argen: „Es gibt dort sehr, sehr viel zu tun“. Beispiel Rente: Die Politik der CDU („Sie will nichts machen“) werde dazu führen, dass viele zukünftige Rentner kaum Geld genug zum Leben bekommen. Oliver Grundmann bezeichnete es als falsch, die Lage Deutschlands zu sehr in Moll zu malen. „Wirtschaftlich stehen wir hervorragend da, haben nahezu Vollbeschäftigung“. Ein Problem sei, das Vorhaben aufgrund langer Planungen nicht schnell genug umgesetzt werden könnten. Zu kurz seien ihm die Verdienste der mittelständischen Wirtschaft gekommen: „Wenn es ihr gut geht, geht es dem Land gut.“

Ralf Poppe beklagte, dass die „soziale Schere“ immer weiter auseinander klappe. Statt die Lebensgrundlagen zu erhalten, das Klima zu schützen und bäuerliche Kleinbetriebe zu stärken, „möchte Grundmann so weiter machen und die Landschaft in Beton statt in blühende Äcker zu verwandeln (Poppe).“

Klemens Kowalski forderte ein Vorgehen gegen Kinder- und Altersarmut statt „Investitionen in Bomben und Waffen.“ Um in der Bildungspolitik Änderungen durchsetzen zu können, müsse der Bund mehr Macht erhalten. André Grote sah ein grundsätzliches Problem: Es werde immer vergessen, dass das Geld, das Parteien ausgeben möchten, auch erwirtschaftet werden müsse. „Ohne Geld können wir nichts verteilen.“ Grote forderte eine Entbürokratisierung, Investitionen in Bildung und eine Stärkung des Mittelstandes.

Astrid zum Felde will sich für eine Steuerreform einsetzen, die Familien fördere. Ihre AfD fordere Volksabstimmungen: Mit ihnen hätte es weder die Einführung des Euro noch den Bundeswehreinsetz in Afghanistan gegeben. Zum Felde sagte voraus: „Die Sozialsysteme brechen zusammen, wenn wir nicht die Migrationskrise in den Griff bekommen.“

Zitate aus dem Kandidatenkreis

Russland, Diesel und die Steinzeit

„Kandidieren Sie für Russland oder in Deutschland?“ (Oliver Kellmer zu Astrid zum Felde)

„Russland hat auf der Krim Fakten geschaffen. Russland gehört mehr zu uns als die USA.“ (Klemens Kowalski)

„Nationales Denken ist Steinzeit.“ (André Grote zu Astrid zum Felde)

„Uns stehen im ländlichen Raum blühende Landschaften bevor.“ (Oliver Grundmann zur Digitalisierung).

„Der Diesel-Streit ist eine künstliche Aktion, um die deutsche Autoindustrie zu vernichten.“ (Astrid zum Felde)

„Ich möchte kein Klima des Misstrauens. Das zerstört unsere Bürgerrechte und unser gegenseitiges Vertrauen.“ (Ralf Poppe)

„Merkel und Grundmann wissen nicht mal, wie ein Computer aussieht.“ (Klemens Kowalski)

„Wir müssen endlich mal Asphalt in die Region bringen.“ (Oliver Grundmann zum Autobahnbau)

„Ihr habt 100000 Ideen, wie alles besser wird. Was habt ihr in den letzten Jahren eigentlich gemacht?“ (André Grote zu Grundmann und Kellmer)

„Es wird gesagt, es sind weiche Themen, aber es sind ganz harte Themen.“ (Oliver Kellmer über soziale Gerechtigkeit)

„Jedes Land hat ein Hoheitsgebiet. Auf dem kann es machen, was es will.“ (Klemens Kowalski zu den russischen Truppenaufmärschen im Baltikum)

„Die Initiative ging nicht von Russland aus.“ (Astrid zum Felde zur Besetzung der Krim durch Russland)

„Wir dürfen unser Land nicht in Moll malen.“ (Oliver Grundmann.)

„Wir haben zu viele Kinder in Deutschland.“ (Klemens Kowalski über fehlende Kita-Plätze)

„Wir gehen auf eine DDR 2.0 zu.“ (Astrid zum Felde) „Hören Sie doch auf mit dem Quatsch. Wir müssen alles dafür tun, dass die AfD nicht in den Bundestag kommt.“ (Oliver Kellmer)

„Wir müssen mehr für die Integration der Hilfesuchenden unternehmen.“ (Ralf Poppe)

„In vier Jahren sprechen wir uns wieder, Herr Grundmann.“ (Astrid zum Felde zu künftigen Regierungsbeteiligungen der AfD)

„Wir dürfen uns von Nordkorea nicht provozieren lassen.“ (Ralf Poppe)

„Die CDU hat uns maßgeblich Bürgerrechte gestohlen in den vergangenen Jahren.“ (Klemens Kowalski)

Kandidaten für den Bundestag

Oliver Grundmann (CDU): 46 Jahre, wohnhaft in Stade, verheiratet, drei Kinder. Rechtsanwalt. Seit 2001 stellvertretender Stader Bürgermeister und seit 2013 direkt gewähltes Mitglied des Bundestages.

Klemens Kowalski (Die Linke): 38 Jahre alt, wohnhaft in Buxtehude, verheiratet, ein Kind. Beamter im IT-Bereich in einer Bundesbehörde. Mitglied im Stadtrat Buxtehude.

Oliver Kellmer (SPD): 40 Jahre, wohnhaft in Stade, lebt in einer Beziehung und hat ein Kind. Richter am Verwaltungsgericht Stade, Mitglied im Stader Stadtrat.

André Grote (FDP): 48 Jahre, wohnhaft in Buxtehude, verheiratet, zwei Kinder. Selbstständiger Immobilienfachwirt. Mitglied im Buxtehuder Stadtrat.

Ralf Poppe (Grüne): 59 Jahre, wohnhaft in Harsefeld, verheiratet. Projektleiter bei Airbus in Finkenwerder. Sprecher des Grünen-Kreisverbandes Stade.

Astrid zum Felde (AfD): Wohnhaft in Gründemich, verheiratet, vier Kinder. Baumschulärztin und IT-Systemkauffrau. Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Stade.